



Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Bau, Wohnungswesen und Aufbau Ost der FDP-Fraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75636

📠 (030) 227 – 76754

✉ joachim.guenther@bundestag.de

Pressemitteilung

Opel – ein Sündenfall deutscher Wirtschaftspolitik

Joachim Günther, Sprecher für den Aufbau Ost der FDP-Bundestagsfraktion, zu den 1,5 Milliarden Euro Steuergelder schweren Opel-Rettungsplänen der Bundesregierung:

„Gerade 20 Jahre nach der Wende verblüfft mich immer wieder die Unflexibilität der Alten Bundesländer und die Durchschlagskraft von schlecht geführten Großunternehmen. Vor 20 Jahren hat niemand nach den Menschen gefragt, als im Osten Millionen von Arbeitsplätzen weg gebrochen sind, weil sie in unrentablen Betrieben lagen. Die Leute mussten sich umstellen, neu orientieren und dazu lernen. Jetzt aber sollen für einen nicht funktionsfähigen Konzern Milliarden an Steuergeldern ausgegeben werden, obwohl diese, wenn sie in Zukunftstechnologie und Forschung investiert würden, besser angelegt wären.“

Management-Fehler wie bei Opel können nicht durch Steuerzahler ausgeglichen werden. Die Bundesregierung nimmt in Kauf, durch subventionierte Opel-Arbeitsplätze Arbeitsplätze bei VW oder anderen deutschen Autoherstellern zu gefährden. Betroffen sein könnte auch unsere Region – ganz konkret mit dem VW-Werk in Mosel bei Zwickau.

Jeder Großkonzern entdeckt inzwischen Finanzlücken. Selbst Arcandor, hinter dem privates Milliarden-Vermögen steht, schreit nach Staatsgeldern. Die Bundesrepublik Deutschland steht an einem Scheideweg. Wenn der Gleichheitsgrundsatz hier durchbrochen wird, muss man davon ausgehen, dass die Grenzen aufgehoben sind. Was passiert, wenn VW, Mercedes und BMW ebenfalls Staatshilfen bräuchten, um ihre Standorte in vollem Umfang zu erhalten? Leidtragende werden wieder der Mittelstand und Kleinunternehmer sein, deren Rufe nach Staatshilfen ungehört bei der Bundesregierung verhallen, die aber den wesentlichen Teil der Steuergelder erarbeiten und den Großteil der deutschen Arbeits- und Ausbildungsplätze stellen.“ (2. Juni 2009)